



Stiftung Landschaftsschutz
Schweiz



Korrespondenzadresse WWF St. Gallen

Merkurstr. 2
Postfach 2341
9001 St. Gallen

Tel.: ++41 (0)71 223 29 30
Fax: ++41 (0)71 223 29 45
info@wwf-sg.ch

Einschreiben

Kantonsforstamt
Davidstrasse 35
9001 St.Gallen

St. Gallen, 25. April 2012

Öffentlich-rechtliche Einsprache

Sehr geehrte Damen und Herren

Namens und im Auftrag der

Stiftung WWF Schweiz, Postfach, 8010 Zürich

vertreten durch die WWF Sektion St. Gallen, Postfach 2341, 9001 St. Gallen,

Pro Natura, Postfach, 4018 Basel

vertreten durch Pro Natura St.Gallen – Appenzell, Postfach 103, 9014 St.Gallen,

Rheinaubund, Weinsteig 192, Postfach 1157, 8201 Schaffhausen

vertreten durch die WWF Sektion St. Gallen, Postfach 2341, 9001 St. Gallen,

Schweizerische Greina-Stiftung, Sonneggstrasse 29, Postfach 2272, 8033 Zürich

vertreten durch die WWF Sektion St. Gallen, Postfach 2341, 9001 St. Gallen,

Stiftung Landschaftsschutz Schweiz, Schwarzenburgstr. 11, 3007 Bern

vertreten durch die WWF Sektion St. Gallen, Postfach 2341, 9001 St. Gallen,

erheben wir

Einsprache

gegen

das Gesuch um Erteilung einer Rodungsbewilligung im Zusammenhang mit dem Bau des Kleinwasserkraftwerk Berschnerbach oberhalb von Berschis; Gesuchstellerin: KW Berschnerbach AG (AG in Gründung), c/o Wasser- und Elektrizitätswerk Walenstadt (WEW), Bahnhofstrasse 5, 8880 Walenstadt
öffentliche Auflage publiziert im kantonalen Amtsblatt Nr. 13 vom 26. März 2012, S. 1028

I. Rechtsbegehren

1. Das Gesuch um Erteilung einer Rodungsbewilligung für den Bau des Kleinwasserkraftwerks Berschnerbach oberhalb von Berschis gemäss der Publikation im kantonalen Amtsblatt Nr. 13 sei abzuweisen bzw. die Rodungsbewilligung sei nicht zu erteilen
2. Unter Kosten- und Entschädigungsfolge zu Lasten der Gesuchstellerin.

II. Formelles

1. Mit der nachgesuchten Konzession würde die Erlaubnis erteilt, die Wasserkraft des Berschnerbachs zu nutzen. Das geplante Kraftwerk weist eine installierte Leistung von 3.2 MW auf und unterliegt daher der UVP-Pflicht nach Ziff. 21.3 des Anhangs zur Verordnung über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPV). Die Legitimation der einsprechenden Organisationen stützt sich entsprechend auf Art. 55 Abs. 1 des Bundesgesetzes über den Umweltschutz (USG).

Die geplante Nutzung der Wasserkraft des Berschnerbachs macht eine Rodung von Wald sowie das Erstellen standortgebundener Bauten und Anlagen ausserhalb der Bauzonen erforderlich und erfolgt daher in Erfüllung einer Bundesaufgabe im Sinne des Bundesgesetzes über den Natur- und Heimatschutz (NHG). Das geplante Kraftwerk liegt innerhalb des Objektes Nr. 1613 gemäss dem Bundesinventar der Landschaften und Naturdenkmäler von nationaler Bedeutung (BLN). Die Legitimation der einsprechenden Organisationen stützt sich daher auch auf Art. 12 Abs. 1 NHG.

2. Die Einsprache erfolgt fristgerecht bis zum 25. April 2012.
3. Der WWF St.Gallen ist, soweit er die Einsprechenden vertritt, gehörig bevollmächtigt. Die Vollmachten werden auf Verlangen hin nachgereicht.

III. Begründung

a. Sachverhalt

4. Die Gesuchstellerin plant den Bau eines neuen Kleinwasserkraftwerks zur Nutzung der Wasserkraft des Berschnerbachs. Das Projekt sieht – kurz zusammengefasst – vor, den Berschnerbach nach der Vereinigung von Sagen- und Vorderbach auf einer Höhe von 1087 m.ü.M. durch ein Tiroler Wehr zu fassen und das Wasser via einen Kies- und einen Sandfang sowie eine kleine Ausgleichskammer einer Druckleitung zuzuführen. Der anschliessende Triebwasserweg führt zunächst durch einen Stollen mit offen verlegter Druckwasserleitung. Anschliessend soll die Druckleitung erdverlegt bis zur Zentrale auf 675 m.ü.M. geführt werden. Die Rückgabe des turbinierten Wassers erfolgt oberhalb des Berschner Falls auf einer Höhe von 671 m.ü.M. Die Restwasserstrecke wird 1'080 m messen und mit einer Mindestrestwassermenge von 53 l/s dotiert werden.
5. Der Berschnerbach ist oberhalb des bereits bestehenden Kleinwasserkraftwerks im unteren Gewässerabschnitt ein über weite Strecken unreguliertes und für die Energieproduktion bisher nicht genutztes Gewässer. Der Bach hat eine grosse Dynamik und weitgehend natürliche Uferbereiche. Landschaftlich ist der vom vorliegenden Projekt betroffene Gewässerabschnitt nicht beeinträchtigt und kann als harmonisch und sehr attraktiv bewertet werden. Es handelt sich um eine unberührte und

wilde Gebirgsbachlandschaft, wie sie in der Schweiz leider nur noch selten anzutreffen ist. Obschon die Schlucht im Bereich der geplanten Restwasserstrecke nur von Kennern der örtlichen Gegebenheiten und Fischern begangen wird, muss sie als besonders attraktiv angesehen werden.

6. Das Vorhaben (Fassung, Druckleitung, Restwasserstrecke und Zentrale) liegt innerhalb des BLN-Objekts Nr. 1613 „Speer-Churfirsten-Alvier“ und innerhalb des Teilgebiets Nr. 3 Sennis-Malun-Castilun-Palfries. In den entsprechenden Objektblättern sind als Schutzziele insbesondere die Erhaltung der natürlichen landschaftlichen Charakteristik und ihrer Eindrücklichkeit sowie die Erhaltung des natürlichen Prozesses der Erosion, der durch die Erosion geformten Landschaft und der Gewässerdynamik festgehalten. Betreffend die Schutzziele und deren Konkretisierung wird im Übrigen auf die Objektblätter zum BLN-Objekt Nr. 1613 sowie die Ausführungen der Eidgenössischen Natur- und Heimatschutzkommission ENHK in ihrem Gutachten vom 27. Oktober 2011 verwiesen.

b. Rechtliches

7. Das Roden von Wald ist grundsätzlich verboten. Eine Rodungsbewilligung darf im Sinne einer Ausnahmegewilligung nur erteilt werden, wenn ihr keine überwiegenden Interessen entgegenstehen bzw. das Interesse an der Walderhaltung nicht überwiegt (Art. 5 des Bundesgesetzes über den Wald). Wie die nachfolgenden Ausführungen zeigen, stehen dem Vorhaben gewichtige Interessen des Natur- und Heimatschutzes entgegen, die auch bei der Beurteilung des Rodungsgesuchs zu berücksichtigen sind.
8. Nach Art 6 NHG wird durch die Aufnahme eines Objektes von nationaler Bedeutung in ein Inventar des Bundes dargetan, dass es in besonderem Masse die ungeschmälerzte Erhaltung, jedenfalls aber unter Einbezug von Wiederherstellungs- oder angemessenen Ersatzmassnahmen die grösstmögliche Schonung verdient. Ein Abweichen von der ungeschmälerzten Erhaltung im Sinne der Inventare darf nur in Erwägung gezogen werden, wenn ihr bestimmte gleich- oder höherwertige Interessen von ebenfalls nationaler Bedeutung entgegenstehen. Ist also das für ein Abweichen von der Pflicht zur ungeschmälerzten Erhaltung des BLN-Objekts vorgebrachte Interesse nicht von nationaler Bedeutung, ist der Eingriff von Gesetzes wegen unzulässig (Entscheid des Bundesgerichts 1A.168/2005 vom 1. Juni 2006 E. 3.4.1).
9. Die vorgesehene Nutzung des Wassers des Berschnerbachs wird dessen Abflussdynamik im Bereich der Restwasserstrecke über den gesamten Jahresverlauf wesentlich verändert. Die Mindestrestwassermenge beträgt lediglich 53 l/s, die Ausbauwassermenge hingegen 1000 l/s. Allein dieser Vergleich zeigt das Mass, in dem der bisherige wilde Bachlauf durch die geplante energetische Nutzung verändert werden wird. Der natürliche Prozess der Erosion und die bestehende Gewässerdynamik werden erheblich eingeschränkt, denn gerade für die Erosion sind die mittleren Hochwasser relevant und diese werden durch das Kraftwerkprojekt stark beeinträchtigt. Hinzu kommt der Verlust von Lebensräumen in Folge Kolmation und Spülungen. Verschwinden wird auch die imposante und vom Wanderweg her einsehbare Kaskade. Dies bedeutet eine schwere Beeinträchtigung des BLN-Objekts, wobei es keine Rolle spielt, dass die Schlucht nur von Ortskundigen und von Fischern begangen wird, liegt die erschwerte Zugänglichkeit doch bei wilden, urtümlichen Landschaften in der Natur der Sache. Von einer schwerwiegenden Beeinträchtigung geht im Übrigen auch die ENHK in ihrem Gutachten vom 27. Oktober 2011 aus, von dem nicht ohne Grund abgewichen werden darf. Hinzuweisen ist zudem darauf, dass den konkretisierenden Gutachten der ENHK auch aufgrund der relativ offenen Umschreibung der Schutzziele in den Inventarblättern besondere Bedeutung zukommt.

10. Ein Abweichen von der ungeschmälernten Erhaltung eines Schutzobjekts im Sinne der Umschreibung in den Inventarblättern und der konkretisierenden Ausführungen der ENHK ist nach Art. 6 Abs. 2 NHG nur zulässig, wenn ihr bestimmte gleich- oder höherwertige Interessen von ebenfalls nationaler Bedeutung entgegenstehen. Ein gleichwertiges am vorliegenden Projekt, also ein Interesse von ebenfalls nationaler Bedeutung, ist jedoch nicht ersichtlich. Daran ändert nichts, dass nach dem BAFU ein „nationales Gesamtinteresse“ an der Energiegewinnung durch Kleinkraftwerke besteht. Nach den Empfehlungen zur Erarbeitung kantonaler Schutz- und Nutzungsstrategien im Bereich der Kleinwasserkraftwerke der Bundesämter für Umwelt, Energie und Raumentwicklung vermag das einzelne Nutzungsinteresse in aller Regel das Erhaltungsinteresse nicht zu überwiegen. Das Ergebnis ist in diesem Fall der Ausschluss i.S.v. Art. 6 NHG. Ein Abweichen von den Erhaltungsinteressen ist nur aufgrund eines Gesamtkonzepts bzw. einer übergeordneten Strategie zur Ordnung der Wasserkraftnutzung möglich. Erst bei Vorliegen eines solchen Konzepts ist es möglich, von einem gleichwertigen Interesse an der Wasserkraftnutzung auszugehen und damit eine Interessenabwägung überhaupt zuzulassen.

Der Kanton St.Gallen verfügt nach wie vor nicht über ein Gesamtkonzept oder eine übergeordnete Strategie im Sinne der vorerwähnten Empfehlung der Bundesämter für Umwelt, Energie und Raumentwicklung. Es kann daher nicht beurteilt werden, welche ökologische und landschaftliche Bedeutung der Berschnerbach als Fliessgewässer im kantonalen Kontext zukommt und welche Bedeutung seine Nutzung für die Gesamtenergiestrategie des Kantons hat. Mit Blick auf die geplante jährliche Stromproduktion in der Höhe von 10'600'000 kWh ist vielmehr festzuhalten, dass damit rund 2'500 Haushaltungen mit Strom versorgt werden könnten und das Projekt daher lediglich von lokalem oder höchstens regionalem Interesse ist. Von einem gleichwertigen Eingriffsinteresse ist daher im Rahmen einer Einzelbeurteilung nicht auszugehen. Die mit dem vorliegenden Projekt verbundenen Beeinträchtigungen sind daher nicht zulässig und die nachgesuchte Konzession darf aufgrund von Art. 6 NHG nicht erteilt werden. Davon geht auch die ENHK in ihrem Gutachten aus. Das BAFU weist zwar ebenfalls auf die eigenen, vorerwähnten Empfehlungen zur Erarbeitung einer übergeordneten Strategie zur Lenkung der Wasserkraftnutzung hin, hält aber eine Konzessionserteilung trotz fehlender Strategie für möglich, ohne diese Diskrepanz näher zu begründen.

11.

11.1 Sollte die zuständige Behörde entgegen der Auffassung der Einsprechenden und der ENHK begründet davon ausgehen, dass vorliegend ein gleichwertiges Interesse dem Erhaltungsinteresse gegenübersteht, ist nach Art. 6 Abs. 2 NHG, Art. 22 Abs. 1 WRG und Art. 24 RPG auf der Grundlage einer umfassenden Interessenabwägung zu beurteilen, ob ein Schutzobjekt ungeschmäkert zu erhalten ist. Ist ein ungeschmälerter Erhalt aufgrund entgegenstehender Interesse nicht möglich, ist das Schutzobjekt in jedem Fall grösstmöglich zu schonen (Art. 6 Abs. 1 NHG; Art. 22 Abs. 1 WRG).

11.2 Dem Projekt stehen zunächst die Schutzziele des betroffenen BLN-Gebiets entgegen. Durch das Projekt werden der natürliche Prozess der Erosion und die bestehende Gewässerdynamik erheblich eingeschränkt. Bestehende Lebensräume und eine einmalige Schluchtenlandschaft gehen verloren oder werden zumindest stark beeinträchtigt.

Gegen das vorliegende Projekt spricht auch der Grundsatz der Nachhaltigkeit. Nach Art. 73 der Bundesverfassung sind Bund und Kantone verpflichtet, ein auf Dauer ausgewogenes Verhältnis zwischen der Natur und ihrer Erneuerungsfähigkeit einerseits und ihrer Beanspruchung durch den Menschen andererseits anzustreben. Im Wasserbau definiert sich die Nachhaltigkeit immer nach dem knappsten Gut. Das knappste und somit schützenswerte Gut in diesem Sinn stellt der natürliche und äusserst wilde Berschnerbach im Projektperimeter dar. In der Schweiz wo unzählige Bergbäche bereits genutzt werden, muss der Schutz der letzten intakten Fliessgewässer Priorität haben. Ein Eingriff in den

Berschnerbach mit seiner grossen Dynamik widerspricht somit dem gesetzlich verankerten Nachhaltigkeitsgedanken.

Das geplante Projekt widerspricht weiter dem Verhältnismässigkeitsprinzip, nach welchem Massnahmen geeignet, notwendig und in sich verhältnismässig sein müssen. Von mehreren geeigneten Massnahmen ist in jedem Fall jene zu wählen, die mit dem geringsten Eingriff verbunden ist. Vorliegend wird ein natürlicher und wilder Bergbach der Produktion von elektrischer Energie geopfert, wobei die angestrebte Stromproduktion von 10,6 GWh bloss einen Bruchteil der Wasserkraftproduktion der Schweiz darstellt. Im Rahmen der umfassenden Interessenabwägung wären in jedem Fall Alternativstandorte zu prüfen gewesen, die ausserhalb von BLN-Gebieten liegen. So liegen die weiteren im Kanton St.Gallen angemeldeten Projekte für Kleinwasserkraftwerke ausserhalb von BLN-Gebieten und wären daher einem schweren Eingriff in ein BLN-Gebiet im Sinne einer mildereren Massnahme vorzuziehen. Eine kantonale Strategie zur Lenkung der Wasserkraftnutzung und die Prüfung von Alternativen sind daher zwingend notwendig, bevor anstelle zahlreicher Alternativen ausserhalb von BLN-Gebieten nun ein Einzelvorhaben innerhalb eines Schutzgebiets bewilligt wird.

Hinzuweisen ist im Zusammenhang mit der Verhältnismässigkeit auch auf das im Gebäudesektor vorhandene Energiesparpotential. Der Bundesrat hat in seiner Antwort vom 24. November 2010 zur Interpellation Wehrli "Kleinwasserkraftwerke" (10.3873) festgehalten, dass im Gebäudebereich 70-90 TWh/a eingespart werden können. Somit stellen Massnahmen im Gebäudesektor ein geeignetes und verhältnismässiges Mittel dar, um das Ziel einer sicheren und umweltfreundlichen Energieversorgung zu gewährleisten, während es als unverhältnismässig erscheint, für einen kleinen Betrag zur Energieversorgung in schwerwiegender Weise in BLN-Gebiet einzugreifen und dies ohne Gesamtplanung und damit mit präjudiziellem Charakter. Der Bund hat am 25. Mai 2011 zudem den Ausstieg aus der Atomenergie beschlossen. Die beschränkten finanziellen Ressourcen sind auch vor diesem Hintergrund in eine Sanierung der Gebäude zu investieren und es ist auf weitere Eingriffe in bisher unberührte Landschaften zu verzichten, zumal damit ein

11.3 Nach dem Gesagten sprechen nicht nur die Schutzziele des BLN-Gebiets gegen das vorliegende Projekt. Es verstösst auch gegen die Grundsätze der Nachhaltigkeit und Verhältnismässigkeit. Schliesslich ist eine nachvollziehbare Prüfung von Alternativstandorten für Kleinwasserkraftwerke unterblieben, weil weder eine kantonale Strategie zur Lenkung der Wasserkraftnutzung vorliegt noch der kantonale Richtplan in diesem Bereich seine koordinative Funktion wahrnimmt und die berührten Interessen von Natur- und Landschaft und der Gewässernutzung in Einklang bringt. Eine solche, über die Gemeindegrenzen hinausgehende Planung bei der Auswahl möglicher Standorte für Anlagen der Energieversorgung wäre jedoch auch im Hinblick auf Art. 8 RPG unabdingbar. Demgemäss zeigen Richtpläne mindestens, wie die raumwirksamen Tätigkeiten im Hinblick auf die anzustrebende Entwicklung aufeinander abgestimmt werden, und in welcher zeitlichen Folge und mit welchen Mitteln vorgesehen ist, die Aufgaben zu erfüllen. Im Richtplan St. Gallen liegt das Projektgebiet teils im Lebensraum „Kerngebiet“, teils im Lebensraum „Schongebiet“. Das Vorhaben steht damit auch im Widerspruch zum Richtplan. Die Interessen am vorliegenden Projekt vermögen daher die Beeinträchtigung des BLN-Gebiets nicht zu rechtfertigen. Letzteres ist ungeschmälert zu erhalten und die nachgesuchte Konzession sowie die Rodungsbewilligung daher nicht zu erteilen.

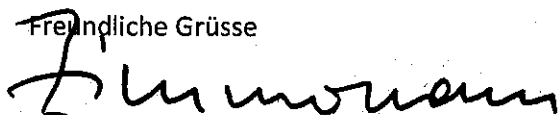
Die Einsprechenden möchten an dieser Stelle betonen, dass sie sich der Bedeutung der Wasserkraft gerade auch im derzeitigen politischen Umfeld absolut bewusst sind. Es geht ihnen denn auch keineswegs darum, ökonomisch und ökologisch sinnvolle Projekte zu verhindern. Der politische Druck zur verstärkten energetischen Nutzung der Gewässer darf jedoch nicht dazu führen, dass solche Vorhaben nicht den geltenden ge-

setzlichen Regelungen entsprechend beurteilt werden. Es ist den Einsprechenden ein wichtiges Anliegen, dass im Kanton St.Gallen eine Strategie zur Lenkung der Wasserkraftnutzung erstellt und das vorliegende Projekt hiernach beurteilt wird.

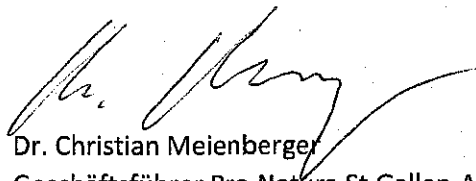
Die Einsprache gegen das Rodungsgesuch erfolgt der Vollständigkeit halber, weil nach Ansicht der Einsprechenden dem vorliegenden Projekt gewichtige Interessen des Natur- und Heimatschutzes entgegenstehen, die auch bei der Erteilung der Rodungsbewilligung zu beachten sind.

Wir ersuchen Sie um Schutz unserer Anträge und danken Ihnen für Ihre Bemühungen.

Freundliche Grüsse



Martin Zimmermann
Geschäftsführer WWF St.Gallen



Dr. Christian Meienberger
Geschäftsführer Pro Natura St.Gallen-Appenzell

Einschreiben / Im Doppel